Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Schriftleitung und Verlag: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26. Fernsprecher: Ortsverkehr Dönhoff (A 7) 3600—3665, Fernverkehr Dönhoff 3686—3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheck-Konto: Berlin 660.

Berlin

Bezugspreis monatl. 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustell- oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld. Anzeigen: mm-Zeile 32 Pf., Familien-Anz. mm-Zeile 20 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

15 Pf • Nr 337 SONNTAG, 16. JULI 1933 MORGEN-AUSGABE

Die Marschrichtung

Es gilt, die „Synthese zwischen dem idealistischen Nationalsozialismus und den realen Erfordernissen der Wirtschaft zu verwirklichen". Das ist die knappe Formel, mit der der Reichskanzler am Mittwoch Abend den Gauleitern, den Treuhändern der Arbeit und den Landesobleuten der Betriebszellen-Organisationen die Marschrichtung beschrieben hat. Die Entschiedenheit, mit der die Umschaltung von der Revolution zur Evolution vollzogen worden ist, die Kühnheit, mit der Hitler in knapp 14 Tagen diesen Einschnitt gemacht hat, der an die Elastizität und die Gefolgschaftstreue mancher seiner Anhänger, namentlich an die irrational und gefühlsmäßig eingestellten Elemente in der Bewegung nicht geringe Anforderungen stellte, wird nur erklärlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der Reichskanzler die Arbeitsbeschaffung als die Aufgabe ansieht, welche allen anderen jetzt übergeordnet werden muß. Der Gedankengang ist folgender: Die öffentliche Hand kann mit einer Verstärkung der Auftragserteilungnur die Anregung dazu geben, daß der gesamte Organismus der Wirtschaft sich wieder mit frischer Lebenskraft erfüllt. Soll es sich nicht um eine bloß vorübergehende Aufpulverung handeln, welche nachher von einer um so größeren Ermattung abgelöst wird, so ist es notwendig, die schöpferische Initiative des einzelnen wieder zur Entfaltung zu bringen, die überall in der Welt, außer in der notdürftig in Gang gehaltenen russischen Planwirtschaft, die Lebensquelle der Wirtschaft darstellt. Damit diese Unternehmer-Initiative in allen Kreisen der Wirtschaft, in Industrie, Handel, Gewerbe und folglich auch in der Landwirtschaft, sich entwickeln kann, dazu ist es notwendig, daß dauerhafte Rechtsgarantien bestehen, die die erfolgreiche Durchführung von Produktionsprogrammen gewährleisten. Ohne die Schaffung dieser Garatien würde die Wirtschaft bei noch so kräftigen Auftragsinjektionen des Staates über kurz oder lang versacken. Kein noch so starker Wille vermag diese Zusammenhänge aus der Welt zu schaffen. Und deshalb ist für einen Mann von der antibolschewistischen Prägung Hitlers der Weg, der beschritten werden muß, vorgezeichnet.

Dieser Weg ist mit Konsequenz gegangen worden. Die Rede Hitlers an die Statthalter, der Erlaß Fricks, die Anordnungen des Preußischen Justizministers Kerrl, die Erklärungen des neu ernannten Reichswirtschaftsministers Dr. Schmitt und die vorangegangenen Appelle des Staatssekretärs Dr. Feder, die Ernennung des Ingenieurs Keppler zum Wirtschaftsbeauftragten für alle Organisationen der NSDAP, die Zurückdrängung der Wirtschaftskommissare und die Annullierung der von ihnen gegebenen Vollmachten und Untervollmachten, die Anordnungen über die Zusammenarbeit zwischen den Treuhändern der Arbeit, jenen wichtigen Garanten des Wirtschaftsfriedens, mit den Polizeibehörden, die Vereinbarungen über die enge Zusammenarbeit zwischen Wirtschafts- und Arbeitsminister, die Ernennung eines Generalrats der Wirtschaft, die soeben gemeldet wird, die Vertagung des ständischen Aufbaues bis zum Erlaß einheitlicher Richtlinien durch das Reichswirtschaftsministerium, die Sicherung des Wettbewerbs bei der Vergebung von öffentlichen Aufträgen — das alles sind folgerichtige Schritte auf dem gleichen Wege. Auf dem Wege zu einer echten und nicht bloß einer scheinbaren Arbeitsbeschaffung, Schritte, die gewiß nicht den Unternehmern, der Industrie zuliebe unternommen werden, sondern die ausschließlich dazu dienen sollen, Arbeit und Brot zu schaffen und damit den obersten Programmpunkt der NSDAP zu realisieren.

Auch ein Teil der 30 Gesetze, die das Kabinett am Freitag in zehnstündiger Beratung fertiggestellt hat, dient der Verfolgung dieser Linie. Während die letzte Gesetzgebungsarbeit sich in erster Linie die Arbeitsbeschaffung durch öffentliche Aufträge zum Ziel gesetzt hatte, werden jetzt weitere steuerliche Erleichterungen in Kraft gesetzt, die die private Initiative begünstigen sollen. Nachdem vor sechs Wochen schon die Steuerfreiheit für Instandsetzungsarbeiten eingeführt worden war, werden jetzt beträchtliche Steuerermäßigungen für Instandsetzungen und Ergänzungen an Betriebsgebäuden verkündet. Und es wird, was uns prinzipiell bedeutungsvoll erscheint, Steuerfreiheit für neue Unternehmungen eingeführt, für Unternehmungen, die entweder neue Herstellungsverfahren anwenden oder neuartige Erzeugnisse produzieren, sofern hierfür ein überragendes gesamtwirtschaftliches Bedürfnis anerkannt wird. Wenn solche Unternehmungen ganz oder teilweise von den Reichs- und Ländersteuern auf Einkommen, Vermögen und Umsatz suspendiert werden können, so ist das ein bemerkenswerter Beweis für die fortschrittsfreundliche Wirtschaftspolitik des Nationalsozialismus, und man kann dem auch nicht entgegenhalten, daß durch besondere Maßnahmen gegen die maschinelle Herstellung von Zigarren umgekehrt eine fortschrittsfeindliche Haltung dokumentiert sei. Denn diese Maßnahme ist ausdrücklich mit der Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse in der Zigarrenindustrie und als einstweilige Maßnahme zur Eindämmung der herrschenden Arbeitslosigkeit motiviert worden, und es liegt ja auf der Hand, daß im Regelfalle die Unterlassung von produktionsverbilligenden Investitionen zwar in einem speziellen Ausschnitt, auf einem Teilgebiet der Wirtschaft Arbeiterentlassungen verhindert, aber dafür auf anderen Gebieten die Absatz- und Produktionsvergrößerung unterbindet, die eintreten würde, wenn die durch jene Verbilligungsmaßnahme frei gewordene Kaufkraft die übrige Wirtschaft beschuchtete. Die Betrachtung geht leicht in die Irre, wenn man den Blick nur auf Teile der Wirtschaft richtet und nicht das Ganze ins Auge faßt. Die Wirtschaftspolitik der Vergangenheit war grade deswegen so erfolglos, weil die Fernwirkung wirtschaftspolitischer Eingriffe meist nicht erkannt oder nicht ein-

Ein Generalrat der Wirtschaft

Die ersten 18 Mitglieder vom Kanzler ernannt

Der Reichswirtschaftsminister gibt folgendes bekannt:

„Um bei den Arbeiten der Reichsregierung die Erfahrungen der praktischen Wirtschaft zu verwerten, beruft der Reichskanzler einen Generalrat der Wirtschaft, dessen Mitglieder die Aufgabe haben, der Reichsregierung zur Beratung in allen wirtschaftlichen Fragen zur Verfügung zu stehen. Der Generalrat der Wirtschaft tritt jeweils auf besondere Einladung zusammen.

Der Reichskanzler hat zunächst folgende Herren in den Generalrat der Wirtschaft berufen:

Herbert Backe, Domänenpächter (Berlin),
Prof. Dr. Carl Bosch (Heidelberg),
Geh. Landesbaurat Dipl.-Ing. Eugen Böhringer, Direktor der Maximilianhütte (Rosenberg, Oberpfalz),
Generaldirektor August Diehn, Deutsches Kalisyndikat (Berlin),
Bankier August von Finck (München),
Dr. Otto Chr. Fischer, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes (Berlin),
Dr. Dr. Albert Hackelsberger, Fabrikbesitzer (Oeflingen, Baden),
Regierender Bürgermeister B. Krogmann (Hamburg),
Dr. G. Krupp von Bohlen und Halbach (Essen),
Pr. Staatsrat Dr. Robert Ley, Führer der Deutschen Arbeitsfront (Berlin),
Dr. Carl Luer, Handelskammerpräsident, Treuhänder der Arbeit (Frankfurt a. M.),
Pr. Staatsrat Friedrich Reinhart, Bankdirektor (Berlin),
Dr. Hermann Reischle, Führer des Landhandels und der landwirtschaftlichen Genossenschaften (Berlin),
Kurt Freiherr von Schröder, Handelskammerpräsident (Köln a. Rh.),
Karl Friedrich v. Siemens (Berlin),
Pr. Staatsrat Dr. Fritz Thyssen (Mülheim a. d. Ruhr),
Generaldirektor Dr. Albert Vögler (Dortmund).

Hitler beglückwünscht Mussolini

„Ein Lichtblick im Leben der Völker Europas"

Reichskanzler Adolf Hitler hat anläßlich der Unterzeichnung des Viermächtepakts an den italienischen Regierungschef Ministerpräsident Mussolini das folgende Telegramm gerichtet:

„Die soeben erfolgte Unterzeichnung des Viermächtepakts gibt mir willkommenen Anlaß, Ew. Exzellenz meinen herzlichen Glückwunsch dazu zu übermitteln, daß dieses der staatsmännischen Initiative Ew. Exzellenz zu dankende die Freundschaft zwischen unseren beiden Ländern befestigende Vertragswerk nach schwierigen Verhandlungen zum glücklichen Abschluß gebracht ist. Grade angesichts der heutigen so ernsten Weltlage ist dieses Bekenntnis der vier Mächte zu gemeinsamer Arbeit und Verständigung ein Lichtblick im Leben der Völker Europas.

Außerdem hat der Reichskanzler den zur Zeit in Neudeck weilenden Reichsaußenministers Freiherrn von Neurath telegrafisch gebeten, dem Reichspräsidenten von der erfolgten Unterzeichnung des Viermächtepakts Meldung zu erstatten und ihm gleichzeitig von seinem Telegramm an den italienischen Regierungschef Kenntnis gegeben. In dem Telegramm an den Reichsaußenminister heißt es zum Schluß:

„Zugleich bitte ich auch Sie, meine herzlichen Glückwünsche zum Abschluß des Viermächtepakts entgegenzunehmen. Ich danke Ihnen, sehr geehrter Herr von Neurath, für Ihre zielbewußte und energische Mitarbeit an diesem außenpolitisch so bedeutungsvollen Vertragswerk."

Zur Unterzeichnung des Paktes schreibt die als offiziös zu betrachtende „Deutsche Diplomatische Korrespondenz" u. a.:

Der Notenwechsel zwischen Frankreich und seinen Verbündeten über das Verhalten in der Revisionsfrage schien die von dem Pakt gewollte Entfaltung aller in der Völkerbundssatzung enthaltenen Möglichkeiten stark in Frage zu stellen und eine neue Situation zu schaffen, die aufmerksame Prüfung erforderte. Dem diplomatischen Geschick des italienischen Regierungschefs ist es gelungen, diese Wolken zu zerstreuen und die Integrität des Paktes gegenüber unverbindlichen Interpretationen zu wahren. Die deutsche Regierung kann für sich in Anspruch nehmen, durch maßvolle Haltung zu diesem erfreulichen Ergebnis beigetragen zu haben. Es bleibt dabei, daß der Pakt nicht von interessierter Seite eigenmächtig interpretiert werden kann, sondern nur von der Gesamtheit der Beteiligten. Man darf hoffen, daß die vereinbarte Zusamenarbeit sich auf allen für sie in Betracht kommenden Gebieten als nützlich und fruchtbar erweisen wird.

Der Pakt bedeutet ein Programm auf lange Sicht, das sich erst mit dem Gang der Ereignisse präzisieren wird. Schon jetzt erscheint er als die ultima ratio für Fragen, die ins Stocken geraten sind und mit den bisherigen Methoden offenbar nicht mehr gefördert werden können. Sollte die Weltwirtschaftskonferenz, wie schon jetzt befürchtet werden muß, ohne die erhofften Ergebnisse bleiben, so würde hier ein Problem heranreifen, mit dem sich die vier Mächte eines Tages beschäftigen müßten. Das Gleiche gilt von der Abrüstung für den Fall, daß die europäische Rundreise Hendersons nicht die Voraussetzungen für eine ersprießliche Fortführung der Abrüstungskonferenz ergibt, eine Eventualität, die übrigens im Pakt selbst vorgesehen ist.

Siehe auch 2. Seite

Staatsbesuch des Nuntius bei Göring

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, stattete Sonnabend mittag Seine Exzellenz der Apostolische Nuntius Monsignore Cesare Orsenigo dem Preußischen Ministerpräsidenten Göring einen offiziellen Besuch ab, der etwa eine halbe Stunde dauerte. Bei der freundschaftlichen Unterhaltung wurden auch die Beziehungen zwischen Staat und Kirche besprochen, die durch den vor kurzem erfolgten Abschluß des Reichskonkordats in ein besonders günstiges Stadium getreten sind. In allen besprochenen Fragen wurde vollkommene Uebereinstimmung festgestellt. Am Nachmittag erwiderte der Preußische Ministerpräsident den Besuch in der Nuntiatur.